

# Die agrarisch-industrielle Front in der Weimarer Republik 1930-1932

## Die Rolle der Interessentengruppen als Triebkräfte des sozio-ökonomischen Wandels während der Weltwirtschaftskrise

Von Werner E. Braatz, Oshkosh (Wisconsin)

### I.

Konjunkturzyklen, die Größe und Wachstumsrate der Produktion berührten, waren in den vergangenen zwei Jahrhunderten für moderne Verkehrswirtschaften charakteristisch. In dieser Hinsicht bildete die Wirtschaftskrise von 1929 - 1932 keine Ausnahme. Der Zusammenbruch der New Yorker Börse Ende Oktober 1929 ließ den Traum von dauerhafter Prosperität schnell dahinschwinden. In den Vereinigten Staaten stockte die Produktion, und die Verbraucherausgaben gingen merklich zurück. Die Stilllegung ihrer Industrien machte die großen städtischen Zentren zu wirtschaftlichem Brachland. Diese Depression breitete sich rasch nach Großbritannien und auf den Kontinent aus. Deutschland mußte als Schuldner vieler kurzfristiger Kredite aus privaten amerikanischen Quellen bald feststellen, daß diese Darlehen von vielen Anlegern abgerufen wurden, die flüssige Mittel brauchten, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Im Zeitraum von wenigen Wochen verlor die Reichsbank daher im Jahre 1930 eine Milliarde RM in Gold und anderen harten Währungen. Die fiskalische Stabilität des Landes war erschüttert. Darüber hinaus wurde die Krise im darauffolgenden Frühling mit dem Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt in Wien, des Stützpfilers der Finanzkraft in der Bankwelt Mitteleuropas, akut<sup>1</sup>. Das grausamste Zeugnis der tiefen Tragik dieser Krise

---

<sup>1</sup> Wilhelm *Treue*: Der deutsche Unternehmer in der Weltwirtschaftskrise. In: Werner *Conze* und Hans *Raupach* (Hrsg.): Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929 - 33. Stuttgart 1967. S. 100. — Vgl. auch Gottfried R. *Treviranus*: Das Ende von Weimar: Heinrich Brüning und seine Zeit. Düsseldorf 1968. S. 202 - 203. — Werner *Conze*: Brünings Politik unter dem Druck der großen Krise. *Hist. Z.*, 199. Jg. (1964), S. 534 - 535. — Horst *Sanmann*: Daten und Alternativen der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Ära Brüning. *Hamburger Jb. f. Wirtsch.- und Gesellschaftspol.*, 10. Jg. (1965), S. 111 - 113, 117. — Vgl. auch Georg *Bernhard*: Die Liquiditätsstörungen und die Krise des deutschen Bankwesens. *Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol.*, 67. Jg. (1932), S. 314 - 319, passim.

jedoch war die tägliche Realität der Hoffnungslosigkeit für die Millionen arbeitsloser Männer und Frauen. Auf dem Gipfel der Krise waren in Deutschland 6,1 Millionen von insgesamt 12 Millionen Arbeitskräften arbeitslos.

Der Druck, die Spannungen und die Brüche, welche die Depression verursachte, erzwangen Verschiebungen der sozialen Werte und der politischen Einflüsse und gaben den Hintergrund für institutionelle Neuerungen und Veränderungen in der Politik, indem sie politischen Zielen sowie der politischen Taktik und Strategie neue Grenzen setzten<sup>2</sup>. Dazu kam, daß auch gute Chancen für Opportunisten geschaffen wurden, die spürten, daß sie die Angst vor dem Verhungern, vor Bürgerkrieg und Revolution als ein Folterinstrument für politische Eroberungen ausnutzen konnten. In dieser Atmosphäre wich die Hoffnung, daß die Krise allmählich mit normalen Mitteln bewältigt werden könnte, einer heftigen Kritik an der bestehenden politisch-sozialen Ordnung und der Forderung nach einer Veränderung, die der Unsicherheit und dem Mißtrauen ein Ende bereiten würde<sup>3</sup>.

In einer derart verheerenden Situation standen bedeutende wirtschaftliche, soziale und politische Interessen auf dem Spiel; von Seiten der Interessengruppen, insbesondere derjenigen der großen agrarischen Familien Ostelbiens und der Ruhr-Industriellen, wurde die politische Ordnung ungewöhnlichen Belastungen ausgesetzt<sup>4</sup>. Natürlich war es nicht neu in Deutschland, daß von diesen Gruppen Druck ausgeübt wurde. Seit Bismarck in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts den Kampf um den Protektionismus begonnen hatte, waren sozio-ökonomische Interessengruppen schon immer stark in die Politik verwickelt gewesen. Daraus ging die sich lange hinziehende Kontroverse über die Auswirkungen der Industrialisierung auf Deutschland hervor<sup>5</sup>,

<sup>2</sup> Werner Kaltefleiter: *Wirtschaft und Politik in Deutschland*. 2. überarb. Ausg. Köln 1968. S. 94. — Ferner Andreas Predöhl: *Die Epochenbedeutung der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1931*. Vierteljahresh. f. Zeitgesch., 1. Jg. (1953), S. 97 - 118.

<sup>3</sup> Rudolf Vierhaus: *Auswirkungen der Krise um 1930 in Deutschland*: Beiträge zu einer historisch-psychologischen Analyse. In: *Conze und Raupach* (Hrsg.): a.a.O., S. 166, 168 - 169. — Ferner Emil Lederer: *Die Lähmung der Weltwirtschaft*. Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol., 67. Jg. (1932), S. 1 - 28, passim. — Vgl. auch Hans Rosenberg: *Political and Social Consequences of the Great Depression of 1873 - 1896 in Central Europe*. *Ec. History Rev.*, Vol. XIII (1943), S. 72 - 73.

<sup>4</sup> Hans Beyer: *Die Agrarkrise und das Ende der Weimarer Republik*. *Z. f. Agrar- u. Agrarsoziol.*, 13. Jg. (1965), S. 88 - 89. — Gertrud Helling: *Zur Bodenpolitik des deutschen Imperialismus zwischen 1918 und 1945*. *Jb. f. Wirtschaftsg.*, H. 3, 1963, S. 20 - 21. — Ferner Heike Etzold: *Carl Duisberg — vom stellungsuchenden Chemiker an die Spitze der I. G. Farbenindustrie AG*. *Jb. f. Wirtschaftsg.*, H. 3, 1966, S. 213. — Josef Dobretberger: *Kartelle unter dem Druck der Krise*. *Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol.*, 68. Jg. (1933), S. 38 - 60, passim.

<sup>5</sup> Hermann Lebovics: „Agrarians“ versus „Industrializers“: *Social Conservative Resistance to Industrialism and Capitalism in Late Nineteenth Century Germany*. *Internat. Rev. of Social Hist.*, Vol. 12 (1967), S. 32 - 33. — Ferner Helmut Böhme:

eine Kontroverse, die dazu beitrug, daß die Bildung von Verbänden, wie etwa des Centralverbandes deutscher Industrieller und des Bundes der Landwirte feste Formen annahm. Im Jahre 1930 traten die Nachfolgeorganisationen dieser beiden Verbände höchst energisch für die kollektiven Interessen ihrer jeweiligen Mitglieder ein. Assoziiert mit den politischen Parteien auf der rechten Seite des politischen Spektrums, wie etwa der Deutschnationalen Volkspartei, der Volkskonservativen Partei und der Deutschen Volkspartei, versuchten sie, ihre sozio-ökonomische Stellung zu schützen<sup>6</sup>.

Überdies ließ die wirtschaftliche Zerrüttung die strukturellen Schwächen des parlamentarischen Systems der Weimarer Republik in grellem Licht erscheinen. Im März 1930, mit dem Sturz des Koalitionskabinetts, dem Hermann Müller, ein Sozialist, vorstand und dem Sozialisten, Deutschvölkische, Deutsche Demokraten sowie an der äußeren Peripherie Zentrums Politiker angehörten, begann sich die Basis der Regierungsmacht vom pluralistischen Parteienstaat hin zum Einparteienstaat zu verschieben. Diese Verlagerung war bereits vor 1930 deutlich geworden, denn dreimal, 1925, 1926 und 1927, waren Versuche zur Regierungsbildung mit großen Schwierigkeiten verbunden und erst nach wochenlangen Verhandlungen erfolgreich gewesen. Immer mehr drängte sich der Reichspräsident in diesen Prozeß hinein. Als unmittelbar gewählter Repräsentant des Volkes war er, zumindest in der Theorie, die personifizierte *volonté générale* gegen die *volonté de tous* des Parlaments. Aufgrund des Artikels 48 der Verfassung der Republik konnte der Reichspräsident daher außerordentliche Machtbefugnisse ausüben, wann immer die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes gefährdet war<sup>7</sup>. Er hatte zwar keine unmittelbaren, ordentlichen Gesetzgebungsbefugnisse, konnte aber über Ernennung und Entlassung weitgehend seinen politischen Willen durchsetzen. Da der amtierende Reichspräsident, Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, über enge Verbindungen zum grundbesitzenden Adel verfügte, übte er

---

Big Business Pressure Groups and Bismarck's Turn to Protection, 1873-1879. *Historical Journal*, Vol. 10 (1967), S. 218 ff. — Vgl. auch Heinrich A. Winkler: Unternehmerverbände zwischen Ständeideologie und Nationalsozialismus. *Vierteljahresh. f. Zeitg.*, 17. Jg. (1969), S. 341 - 371, passim. — Herbert Seifert: Die Entwicklung der Familie von Alvensleben zu Junkerindustriellen. *Jb. f. Wirtschaftsg.*, 1963, H. 4, S. 209 - 243, passim.

<sup>6</sup> *Treue*: Der deutsche Unternehmer in der Weltwirtschaftskrise 1928 - 1933. In: *Conze und Raupach* (Hrsg.): a.a.O., S. 93 - 94.

<sup>7</sup> Karl D. Bracher: Weimar: Erfahrung und Gefahr. *Die Politische Meinung*, 2. Jg. (1957), H. 15, S. 43. — Ferner Werner Conze: Die Krise des Parteienstaates in Deutschland 1929 - 30. *Hist. Z.*, 178. Jg. (1954), S. 48, 53 - 54. — John H. Humphreys: On Proportional Representation in the Breakdown of German Democracy. *Social Research*, Vol. 4 (1937), S. 225 - 234, passim. — Vgl. auch Wolfgang Kessel: *Auctoritas und potestas als Ordnungsgrundlagen der Demokratie*. *Arch. f. Rechts- und Sozialphil.*, 45. Jg. (1959), S. 215 - 233, passim.

seine Amtsgewalt außerordentlich parteiisch aus. In seinen gesellschaftlichen Präferenzen und politischen Bindungen ging er weit über die verfassungsmäßigen Grenzen hinaus. Das Ergebnis war von 1930 an eine zunehmende Behinderung des parlamentarischen Lebens, was ein Machtvakuum hinterließ, welches die antidemokratischen Kräfte der Rechten füllten und das zur Zerstörung der liberalen Wurzeln der Republik beitrug<sup>8</sup>. Bald lag alles, was an Macht und Regierung in Deutschland noch übrig war, in den Händen des Reichspräsidenten. Der Mann, der dieses Amt innehatte, erlangte eine ungeheure Bedeutung. Unglücklicherweise war er ein Achtzigjähriger, den die antidemokratischen und antirepublikanischen Kräfte der Rechten in ihrem Bemühen, wirtschaftliche und politische Vorteile für sich zu ergattern, als Schachfigur benutzten. Diese Situation führte bald zu einer Intrigenpolitik, in der sich politische, wirtschaftliche und soziale Belange unauflöslich vermischten<sup>9</sup>.

## II.

Zu Beginn des Frühjahrs 1930 begannen Sprecher der politischen Kräfte der Rechten — Männer wie Kurt von Schleicher, Wilhelm Groener und Gottfried Treviranus — eine radikal neue politische Kombination ins Auge zu fassen; sie dachten dabei an ein Kabinett, das sich aus Männern zusammensetzen sollte, die nicht von einer engen Auf-

<sup>8</sup> *Conze*: Brünings Politik unter dem Druck der großen Krise, a.a.O., S. 543. — Ferner *Otto Gessler*: Die Träger der Reichsgewalt. Hamburg 1931. S. 63, 68. — *Ludwig Stahl*: Judas Ischarioth und die preußischen Konservativen: Zum Auftreten der politischen Diabolik. Hochland, 29. Jg. (1932), H. 7, S. 14 ff. — *Karl D. Bracher*: Die Auflösung einer Demokratie: Das Ende der Weimarer Republik als Forschungsproblem. In: A. R. L. *Gurland* (Hrsg.): Faktoren der Machtbildung: Wissenschaftliche Studien zur Politik. Berlin 1952. S. 45. — *Wilhelm Hoegner*: Weimar aus der Sicht des Politikers. Politische Studien, 9. Jg. (1958), S. 550 - 560. — *Walter Rehm*: Reichswehr und politische Parteien in der Weimarer Republik. Wehrwissensch. Rundschau, 8. Jg. (1958), S. 706. — Vgl. auch *Eberhard von Vietsch*: Das Ende der Weimarer Republik — Schuld oder Verhängnis? Neue Politische Literatur, 5. Jg. (1960), S. 305. — *Otto Ernst Schüddekopf*: Wehrmacht und Politik in Deutschland. Politische Literatur, 8. Jg. (1954), S. 232 - 241, passim.

<sup>9</sup> *Harlow J. Henemann*: The Growth of Executive Power in Germany: A Study of the German Presidency. Minneapolis 1934. S. 242 - 243. — Ferner *R. T. Clark*: The Fall of the German Republic: A Political Study. London 1935. S. 275. — *Theodor Eschenburg*: Die Rolle der Persönlichkeit in der Krise der Weimarer Republik: Hindenburg, Brüning, Groener, Schleicher. Vierteljahresh. f. Zeitg., 9. Jg. (1961), H. 1, S. 1. — Eine Unterredung zwischen Wilhelm Groener und Heinrich Schnee vom 13. November 1932 ist wiederabgedruckt in: *Heinrich Schnee*: Gespräche mit General Groener. Deutsche Rundschau, 77. Jg. (1951), S. 792 - 793. — *Gerhard Granier*: Der Reichspräsident Paul von Hindenburg. Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 20. Jg. (1969), S. 542 - 543. — Vgl. auch *Kurt Sontheimer*: Zur Grundlagenproblematik der deutschen Staatsrechtslehre in der Weimarer Republik. Arch. f. Rechts- und Sozialphil., 64. Jg. (1960), S. 39 - 71, passim. — Memorandum Re Meißner, 31. August 1946, Louis P. Lochner Papers, US, Mss 21 AF, Box 34, Folder Nr. 9, Manuscript Section, State Historical Society, Madison, Wisconsin.

fassung von Parteiloyalität behindert waren, allein vom Standpunkt des nationalen Interesses aus regieren und die Autorität des Kabinetts auf der Unterstützung durch den Präsidenten beruhen lassen würden. Dieses „Hindenburg-Kabinett“ würde das Kabinett Müller ersetzen, das sich in einer ernsten Zwangslage befand; dies war das Ergebnis eines großen öffentlichen Aufschreis der Entrüstung von Seiten der Rechten im Jahre 1929, zur Zeit der Unterwerfung unter eine Volksabstimmung über den Young-Plan, der den zweiten Versuch einer Reihe von Bemühungen der Alliierten darstellte, die Frage der deutschen Reparationszahlungen zu lösen<sup>10</sup>. Für die politischen Kräfte der Rechten schien Heinrich Brüning der ideale Kanzlerkandidat zu sein, da er die Kooperation seiner eigenen Partei, des Zentrums, garantieren konnte und da er im Reichstag als eine Art Experte für fiskalische Angelegenheiten hervorgetreten war. Überdies würde eine starke Exekutive unter seiner Ägide bei denjenigen Elementen der Deutschnationalen Volkspartei Anklang finden, die bezüglich der Führung ihres Vorsitzenden, Alfred Hugenberg, ernüchert waren<sup>11</sup>. Bis zum 24. März waren diese Pläne erfolgreich, denn in einem Schreiben dieses Datums an Alarich von Gleich, einen früheren, seit langem im Ruhestand lebenden Militärfreund, schwor Groener, daß er alles in seiner Macht Stehende tun würde, um „den herankommenden Kurswechsel zu beschleunigen“<sup>12</sup>. Von anderen auf Seiten der Rechten wurde dieser Wechsel in der Tat als der Beginn eines erlösenden Optimismus begrüßt, der unermesslich positive Auswirkungen für das Land haben würde und den die „alte Firma“ einfach nicht erwecken konnte. Hindenburgs Interesse an diesem Wandel wurde durch die Hoffnung belebt, daß dieser ein erneutes Bemühen zeitigen würde, die wirtschaftliche Lage der ostelbischen Großgrundbesitzer zu verbessern. Um den Kampf um die Erhaltung seines Kabinetts nicht unter diesen Bedingungen fortsetzen zu müssen, zog Müller es am 27. März vor, zurückzutreten.

Dem ersten gewaltigen Prüfstein seiner Kanzlerschaft sah Brüning sich im Sommer 1930 gegenüber. Zurückgehende Einnahmen und stei-

<sup>10</sup> Brief vom 4. Januar 1930 von Wilhelm Groener an Alarich von Gleich. Zit. in: Gordon A. Craig: Reichswehr and National Socialism: The Policy of Wilhelm Groener, 1928 - 1932. Political Science Quarterly, Vol. LXIII (1948), S. 208 - 209. — Ferner Notiz über eine Instruktion von Kurt von Schleicher von Anfang März 1930, Nachlaß Schleicher, H 08 - 17/3, Bundesarchiv, Koblenz, wiederabgedruckt in: Thilo Vogelsang: Reichswehr, Staat und NSDAP: Beiträge zur deutschen Geschichte, 1930 bis 1932. Stuttgart 1962. S. 414 - 415. — Franz von Papen: Vom Scheitern einer Demokratie, 1930 - 1933. Mainz 1968. S. 60 - 61.

<sup>11</sup> Brief vom 13. Mai 1930 von Kurt von Schleicher an Friedrich von der Schulenberg, Nachlaß Schleicher, H 08 - 17/3, Bundesarchiv, Koblenz. Zit. in: Vogelsang: a.a.O. — Ferner Valeska Dietrich: Alfred Hugenberg — Das Leben eines Managers. Politische Studien. 12. Jg. (1961), S. 298.

<sup>12</sup> Brief vom 24. März 1930 von Wilhelm Groener an Alarich von Gleich. Zit. in: Reginald H. Phelps: Aus den Groener-Dokumenten: Die Briefe an Alarich von Gleich, 1930 - 32. Deutsche Rundschau, 76. Jg. (1950), S. 1014.

gende Ausgaben veranlaßten ihn dazu, drastische Erhöhungen von Reichs- und Kommunalsteuern vorzuschlagen. Wochenlang debattierte der Reichstag diese Frage ohne irgendwelche positiven Ergebnisse. Unter diesen Umständen entschloß sich das Kabinett, in drastischer Weise Gebrauch von seinen Notstandsbefugnissen zu machen. Unter Berufung auf Artikel 48 erließ der Kanzler am 16. Juli sein Steuerprogramm in Form zweier Regierungsdekrete. Obwohl die Opposition diesen Akt ohne Zögern als Usurpation brandmarkte, erklärte Brüning, daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch das Versagen des Reichstags, ausreichende finanzielle Mittel bereitzustellen, gefährdet sei. Zwei Tage später forderte der Reichstag mit 236 gegen 222 Stimmen die Widerrufung dieser umstrittenen Maßnahmen. Daraufhin löste Brüning den Reichstag auf. Obwohl beide Verordnungen sofort zurückgezogen wurden, wurden sie wenige Tage später im wesentlichen auf der gleichen Grundlage wieder erlassen. Von diesem Zeitpunkt an begann das Kabinett mehr und mehr durch Verordnungen zu regieren<sup>13</sup>.

Eine Zeitlang waren diejenigen Gruppen auf der Rechten, die für die Ernennung Brünings zum Kanzler verantwortlich gewesen waren, mit seiner autoritären Regierungsweise sehr zufrieden<sup>14</sup>. In einem Schreiben an Gleich, vom 28. Dezember, vertraute Groener diesem an, „Brüning besitzt sowohl einen sehr klugen, überlegten Verstand als auch eine Art vatikanischer angeborener Gewandtheit ... Im großen und ganzen kommt das Kabinett gut voran ...“<sup>15</sup>. Jedoch hing alles vom Reichspräsidenten ab. Solange er den Kanzler unterstützte, war alles in Ordnung und war die Regierung vom Reichstag unabhängig. Um die Jahreswende aber begann Hindenburg daran zu zweifeln, daß Brüning der richtige Mann für das Kanzleramt war. Die Regierung hatte versagt, irgendwelche großen Machtquellen zu entwickeln. In den Wahlen von 1930 verloren die Parteien der Rechten, die große Erfolge hätten erzielen müssen, um der Regierung im Reichstag ein Maximum an Unterstützung geben zu können, stark an die Nazis<sup>16</sup>. Seine Be-

<sup>13</sup> Frederick M. Watkins: *The Failure of Constitutional Emergency Powers under the German Republic*. Cambridge, Mass. 1939. S. 90 - 91. — Ferner Kabinettsitzung vom 24. Juli 1930, Alte Reichskanzlei: Akten betreffend Kabinettsprotokolle, R 43 I/1445, Bundesarchiv, Koblenz. — Conze: Brünings Politik unter dem Druck der großen Krise, a.a.O., S. 545 - 547. — Karl Buchheim: Warum das Zentrum unterging. Hochland, 53. Jg. (1960), S. 22. — Vgl. auch Kuno von Westarp: Die Entwicklung zum Präsidialkabinett: Eine verfassungsgeschichtliche Studie. Preußische Jb., 230. Jg. (1932), S. 1 - 13, passim.

<sup>14</sup> Dieter Schäfer: Der Deutsche Industrie- und Handelstag als politisches Forum der Weimarer Republik. Hamburg 1966. S. 63.

<sup>15</sup> Brief vom 21. Juli von Wilhelm Groener an Alarich von Gleich. Zitiert in: Phelps: Aus den Groener-Dokumenten, a.a.O., S. 1015. — Ferner Brief vom 24. September 1930 von Franz von Papen an Kurt von Schleicher. Zit. in Papen: a.a.O., S. 68 - 69.

<sup>16</sup> Eintrag vom Dienstag, dem 2. Dezember 1930. In: Hermann Pünder: Politik der Reichskanzlei: Aufzeichnungen aus den Jahren 1929 - 1932. Hrsg. von Thilo Vogel-

fürchtungen wurden auch von anderen Gruppen innerhalb der Rechten geteilt, die ursprünglich von Brüning begeistert gewesen waren<sup>17</sup>. Einen Hinweis auf diesen Wandel in der Einstellung hatte der Kanzler am 27. November gelegentlich seiner Ansprache auf einer Sitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie erhalten. Nachdem er sein Publikum ermahnt hatte, politische Ziele graduell zu verfolgen, versicherte er, daß seine Regierung die Macht des Reichstags noch weiter beschneiden würde. Daraufhin erwiderte eine der anwesenden wichtigen Persönlichkeiten — Fritz Thyssen —, daß es ihm trotz des positiven Tones der Botschaft immer noch an Vertrauen fehle. Schnell fügte er hinzu, daß, aus seiner Sicht, der Sieg der Nazis in der letzten Reichstagswahl eine höchst günstige Entwicklung darstelle. Die Implikation dieser Aussage kam in seiner Schlußbemerkung zum Ausdruck: „Ich möchte nur wünschen, Herr Reichskanzler, daß bei den guten Absichten, die Sie haben, es Ihnen gelingt, die Bewegung aller nationalen Kreise hinter sich zu ziehen, denn ich glaube, daß erst dann Sie Erfolg mit Ihren Absichten haben werden<sup>18</sup>.“

Die Industriellen waren nicht die einzigen, welche die Nazis mit erneuertem Interesse betrachteten, um die Jahreswende folgten ihnen die Agrarier. In diesem Winter trat Friedrich Wend zu Eulenburg-Hertefeld, Sproß einer der prominentesten und einflußreichsten Familien Ostelbiens, der Nazi-Partei bei, in der festen Überzeugung, daß diese bald die Regierung beherrschen werde. Um zugunsten der Nazis unter seinen Standesgenossen Anhänger zu gewinnen, interviewte Eulenburg Hitler am 24. Januar 1931 in München über den Standpunkt seiner Partei bezüglich der Frage des Großgrundbesitzes. Die meisten Junker, bemerkte Eulenburg, hätten den Eindruck, daß die Nazis eine Enteignung ihrer Besitzungen durch den Staat als Teil eines riesigen Landverteilungs-Projekts zugunsten der Armen befürworten, und könnten aus diesem Grunde nicht mit ihnen zusammenarbeiten. Eine derartige Ansicht sei eine „völlige Verkennung“ seiner Absichten, erwiderte Hitler. Insoweit als sie dem allgemeinen Wohl des deutschen Volkes dienten, wolle er die großen Güter weder zerstören noch ent-

---

sang. Stuttgart 1961. S. 77. — Ferner Josef Becker: Brüning, Prälat Kaas und das Problem einer Regierungsbeteiligung der NSDAP 1930 - 1932. Hist. Z., 196. Jg. (1963), S. 81 - 82.

<sup>17</sup> Resolution des Vorstands der Wirtschaftspartei vom 25. November 1930, Augsburger Postzeitung vom 26. November 1930. Zit. in: *Vogelsang*: a.a.O., S. 100. — Ferner: Der Stahlhelm vom 30. November 1930. Zit. in: Volker R. Berghahn: *Der Stahlhelm: Bund der Frontsoldaten, 1918 - 1935*. Düsseldorf 1966. S. 162.

<sup>18</sup> Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Nr. 55, Berlin 1930. Zit. in: Fritz Klein: *Zur Vorbereitung der faschistischen Diktatur durch die deutsche Großbourgeoisie, 1929 - 1932*. Z. f. Geschichtswiss., 1. Jg. (1953), S. 893. — Vgl. auch das Schreiben vom 28. Dezember 1939 von Fritz Thyssen an Adolf Hitler. Wiederabgedr. in: *Fritz Thyssen's Letters (Life Magazine, VIII, 18, vom 29. April 1940, S. 96 - 97)*. — Fritz Thyssen: *I Paid Hitler*. New York 1941. S. 100 - 101.

eigenen. Leidenschaftlich fügte er hinzu, daß es nicht in seiner Absicht läge, Deutsche auf deutschem Territorium neu anzusiedeln, denn dies würde lediglich zu einer Umbildung der Eigentumsverhältnisse führen, ohne in irgendeiner Weise dem Gemeinwohl zu dienen; Siedlung in irgendeinem bedeutenden Ausmaß könnten und würden die Nazis erst dann betreiben, wenn Deutschland große Gebiete jenseits seiner gegenwärtigen Grenzen beherrsche. Er behauptete weiterhin, über diesen Prozeß habe „ich in meinem Buch ‚mein Kampf‘ ausführlich gesprochen“<sup>19</sup>. Anfang Februar schickte Eulenburg Kopien dieses Interviews an zahlreiche Grundbesitzer. Einige unter ihnen, wie Dietloff von Arnim-Boitzenburg, zögerten nicht, ihr Interesse an der nazistischen Lösung der Bodenfrage zu bekunden. Wenn das Interview Hitlers Ansichten über dieses Thema richtig wiedergebe, schrieb Arnim am 26. Februar an Eulenburg, so habe er keine Bedenken, ihn zu unterstützen<sup>20</sup>.

Den ganzen Frühling und Sommer des Jahres 1931 hindurch baute sich die Opposition des rechten Flügels gegen Brüning weiter auf<sup>21</sup>. Bezeichnenderweise pflegte Hitler in den ersten Herbstwochen emsig seine Kontakte mit der Armee. Am 10. September bat er General Kurt von Hammerstein, den Chef der Heeresleitung, und Schleicher um ein Zusammentreffen am 12. September. Da Schleicher andere Verpflichtungen vorschützte und absagte, traf Hammerstein mit dem „großen Mann aus München“ zusammen und verließ diese Sitzung mit dem Eindruck, daß Hitler in Wirklichkeit genau das wollte, was die Armee tat, nur mit erhöhter Geschwindigkeit. Am nächsten Tag benutzte Hitler seine Kontakte zur Armee, um eine Audienz beim Reichspräsidenten zu einer „hochpolitischen“ Diskussion zu arrangieren. Oskar, der Sohn des Reichspräsidenten, versprach, einen Termin für das Zusammentreffen für den Anfang des nächsten Monats festzulegen<sup>22</sup>. So wurde um Brünnings Gewand gewürfelt. Die Opposition der Rechten wurde zunehmend feindlicher. Am 29. September präsentierten führende Verbände der Industrie, der Finanzwelt und des Handels der Regierung eine Erklärung, in der sie auf der vollständigen Erfüllung

<sup>19</sup> Interview vom 24. Januar 1931 von Friedrich Wend zu Eulenburg-Hertefeld mit Adolf Hitler. Gutsarchiv von Arnim-Boitzenburg. Rep. 37, Nr. 2170, Staatsarchiv, Potsdam. Wiederabgedr. in: Kurt Gossweiler und Alfred Schlicht: Junker und NSDAP 1931 - 32. Z. f. Geschichtswiss., 15. Jg. (1967), S. 653 - 655.

<sup>20</sup> Brief vom 26. Februar 1931 von Dietloff von Arnim-Boitzenburg an Friedrich Wend zu Eulenburg-Hertefeld. Gutsarch. v. Arnim-Boitzenburg, a.a.O., S. 655 - 657. — Vgl. auch Horst Gies: NSDAP und landwirtschaftliche Organisationen in der Endphase der Weimarer Republik. Vierteljahresh. f. Zeitg., 15. Jg. (1967), S. 342 - 343, 347, 350.

<sup>21</sup> *Treue*: Der deutsche Unternehmer, a.a.O., S. 108. — Ferner Ferdinand von Mural: Der „Stahlhelm“ und die große Politik. Hochland, 30. Jg. (1932), S. 193 - 204.

<sup>22</sup> Kunrat *Freiherr von Hammerstein*: Schleicher, Hammerstein und die Machtübernahme 1933. Frankfurter Hefte, 11. Jg. (1956), H. 1, Teil I, S. 17.



ihrer wirtschaftlichen Forderungen bestanden: nämlich, Senkung der Arbeitslöhne, Kürzung des Wohlfahrtsprogramms und größeren Spielraum bei Absetzungen von der Steuer<sup>23</sup>. Ein paar Tage später brachte die der Industrie nahestehende Deutsche Allgemeine Zeitung Leitartikel, die Brüning scharf kritisierten. In einem davon wurde erklärt, die Politik des Kanzlers sei nur als ein Schritt auf dem Wege zur nationalen Diktatur zu verstehen<sup>24</sup>. Ein anderer warf Brüning vor, daß er die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands nicht gelöst habe<sup>25</sup>. Einen Tag später deutete noch ein weiterer Leitartikel dieser Zeitung an, daß einflußreiche Gruppen, die industriellen und agrarischen Kreisen nahestanden, bereit waren, Brüning den Laufpaß zu geben<sup>26</sup>.

Der Herausgeber der Deutschen Allgemeinen Zeitung war gut informiert. Am Abend des 5. Oktober, einen Tag vor dem Erscheinen des letzten und aufschlußreichsten dieser Leitartikel, hatte Hindenburg mit einem Exkanzler der Republik konferiert, einem Mann, der sich mit den Interessen der Industriellen und der Agrarier in Einklang befand, Wilhelm Cuno, Direktor der Hamburg-Amerika-Linie und einer der größten Teilhaber der Deutschen Allgemeinen Zeitung<sup>27</sup>. Im Verlauf dieser Begegnung diskutierten die beiden Männer über Veränderungen in der Zusammensetzung des Kabinetts, um diese möglichst weit nach rechts zu verschieben. Beide waren sich darüber einig, daß Brüning Kanzler bleiben sollte, daß aber Personen mit engen Verbindungen zu Industrie und Landwirtschaft Portefeuilles innehaben sollten, die für die Interessen dieser Gruppen entscheidend waren. Daher schlug Cuno vor, daß Franz Bracht, der Oberbürgermeister von Essen und Freund Gustav Krupp von Bohlen und Halbachs, zum Innenminister ernannt werden sollte, daß entweder Albert Vögler von den Vereinigten Stahlwerken oder Fritz Springorum vom Hoesch-Konzern zum Wirtschaftsminister ernannt werden sollte, daß entweder Hermann Schmitz von der I. G. Farbenindustrie oder Otto von Schlieben, ein früherer Finanzminister im Kabinett des Exkanzlers Hans Luther, Finanzminister werden sollte, daß entweder Martin Schiele vom Reichslandbund oder Hermann von Lüninck vom Rheinischen Bauernbund zum Landwirtschaftsminister ernannt werden sollte und schließlich, daß Groener als Chef des Verteidigungsministeriums beibehalten werden sollte<sup>28</sup>.

<sup>23</sup> Deutsche Allgemeine Zeitung (30. Sept. 1931).

<sup>24</sup> Ebenda (4. Okt. 1931).

<sup>25</sup> Ebenda (5. Okt. 1931).

<sup>26</sup> Ebenda (6. Okt. 1931).

<sup>27</sup> Richard Lewinsohn: Das Geld in der Politik. Berlin 1931. S. 223.

<sup>28</sup> Redaktionsarchiv der Deutschen Allgemeinen Zeitung. Zit. in: Klein: Zur Vorbereitung der faschistischen Diktatur durch die deutsche Großbourgeoisie, a.a.O., S. 897. — Ferner Heinrich Brüning: Ein Brief. Deutsche Rundschau, 70. Jg. (1947),

Als Brüning dem Präsidenten zwei Tage später den Rücktritt seines Kabinetts anbot, beauftragte ihn dieser mit der Bildung einer neuen Regierung, die „über den Parteien“ stehen sollte<sup>29</sup>. Um die Duldung dieser Regierung von Seiten der Nazis sicherzustellen, konferierten Schleicher und Hindenburg mit Hitler. Bei einem gemeinsamen Frühstück am 8. Oktober versicherte Schleicher gegenüber Hitler, daß er die Notwendigkeit anerkenne, den Nazis einen „gewissen Einfluß“ auf die Regierung einzuräumen, er befürchte jedoch, daß in einem solchen Eventualfall die paramilitärischen Verbände der Partei wünschen würden, an der Wehrlosigkeit der Reichswehr teilzuhaben. Hitler erklärte aber, es bestünde unter keinen Umständen eine Gefahr, daß die Sturmtruppen die faschistischen Squadristi Italiens darin nachahmen würden, eine Art Konkurrenzorganisation für die Armee zu werden. Daraufhin gestand Schleicher sich ein, daß seine Opposition gegenüber den Nazis in der Vergangenheit lediglich eine Fassade gewesen sei<sup>30</sup>. Zwei Tage später bat Hindenburg Hitler um eine Zusicherung, daß seine Partei die Regierung tolerieren würde, mit deren Bildung Brüning gerade befaßt war. Hitler weigerte sich zwar, sich auf dieses Verfahren einzulassen, versprach aber doch, seine Ziele auf streng legaler Basis zu verfolgen<sup>31</sup>. Wenig später gab Brüning sein zweites Kabinett bekannt. Den Interessen der Industriellen und der Großgrundbesitzer war dadurch Rechnung getragen worden, daß man Hermann Warmbold, einem langjährigen Teilhaber der I. G. Farbenindustrie, und Gottfried Treviranus, einem im Ruhestand befindlichen Marineoffizier, der über ausgezeichnete Verbindungen zu den Großgrundbesitzern Ostelbiens verfügte und einer der führenden Männer der Volkskonservativen Partei war, Portefeuilles übertragen hatte<sup>32</sup>.

Nichtsdestoweniger stand die neue Regierung unter einem Sperrfeuer der Kritik von Seiten der Rechten. Ganz besonders war Groener Gegenstand dieser Kritik. Er wurde dafür gerügt, daß er zwei Ämter im Kabinett innehatte, nämlich das Verteidigungs- und das Innenmini-

H. 7, S. 6. — Jürgen *Kuczynsky*: Zur Soziologie des imperialistischen Deutschland. Jb. f. Wirtschaftsg., H. 3, 1962, S. 78 - 79.

<sup>29</sup> Otto *Meißner*: Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg, Hitler: Der Schicksalsweg des deutschen Volkes von 1918 - 1945, wie ich ihn erlebte. 3. Aufl. Hamburg 1950. S. 206.

<sup>30</sup> Berliner Volkszeitung vom 29. Oktober 1931. Zit. in: Kurt *Caro* und Walter *Oehme*: Schleichers Aufstieg: Ein Beitrag zur Geschichte der Gegenrevolution. Berlin 1933. S. 218 - 220. — Ferner Otto-Ernst *Schüddekopf*: Das Heer und die Republik: Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918 - 1933. Hannover 1955. S. 327 - 328. — Vgl. auch Brief vom 14. Oktober 1931 von Ernst Röhm an Kurt von Schleicher, Nachlaß Schleicher, H 08 - 19, Bundesarchiv, Koblenz. Zit. in: *Vogelsang*: a.a.O., S. 136.

<sup>31</sup> *Meißner*: a.a.O., S. 207.

<sup>32</sup> Gottfried R. *Treviranus*: Zur Rolle und zur Person Kurt von Schleichers. In: Ferdinand A. *Hermens* und Theodor *Schieder* (Hrsg.): Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Berlin 1967. S. 375.

sterium. Fast jeder Schritt, den er in seiner Eigenschaft als Innenminister unternahm, wurde von Gegnern der Regierung — und von seinen persönlichen Feinden in der Reichswehr — als eine gefährliche Einmischung der Armee in die Politik bezeichnet<sup>33</sup>. Diese Kritik wurde im Herbst und Winter noch stärker. Wieder einmal war sie charakterisiert durch Forderungen nach einer Regierung, die noch stärker nach rechts orientiert sein sollte als die unlängst gebildete. In einer öffentlichen Stellungnahme vom 6. Dezember verkündete der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei seine Opposition gegenüber dem neuen Kabinett und forderte die Bildung einer auf „nationalistischen Kräften“ beruhenden Regierung. Eine weitere öffentliche Stellungnahme, die von der Ostpreußischen Landgesellschaft in Königsberg herausgegeben wurde, bestand darauf, daß das derzeit bestehende politische System so verändert werden müsse, daß dem Reichspräsidenten ein noch größeres Maß an Macht anvertraut würde, als er dies aufgrund der Notstandsbestimmungen des Artikels 48 schon innehatte<sup>34</sup>. In einer Neujahrsbotschaft an seine Mitglieder unterstrich der Reichsverband der Deutschen Industrie seine unverhohlene Opposition gegenüber Brüning mit der Erklärung, daß seine Maßnahmen zu geringfügig und zu spät gewesen seien<sup>35</sup>. Einen Höhepunkt erreichten diese Angriffe auf das Kabinett, als Hitler auf einer Versammlung des Industrieklubs in Düsseldorf am 27. Januar 1932 eine Ansprache an die Rheinischen Industriellen hielt. Scharf geißelte er Brüning für den Versuch, die Nation mit Hilfe von Notverordnungen wiederzubeleben, ohne vorher eine ideologische Wandlung herbeizuführen, die auf einem „Bewußtsein“ von der nationalen Seele des deutschen Volkes beruhe. Dieses Bewußtsein sei es, sagte er, das es dem Lande ermöglichen würde, seine innere geistige und politische Zersplitterung zu überwinden. Nur wenn es seinen gesunden, männlichen und nationalistischen Volkskörper wiedererlange, könne Deutschland darauf hoffen, sich von seinem gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Elend zu erholen<sup>36</sup>. Seine Rede wurde von seinem Publikum so gut aufgenommen, daß Fritz Thyssen Hitler am folgenden Tage zu einem Zusammentreffen mit einer Reihe von Industriellen, darunter Vögler, in sein Haus einlud, um die Bil-

<sup>33</sup> Craig: Reichswehr and National Socialism, a.a.O., S. 215. — Ferner Brief vom 11. Oktober 1931 von Dietloff von Arnim-Boitzenburg an Wilhelm II. Gutsarchiv von Arnim Boitzenburg, Rep. 37, Nr. 2170, Staatsarchiv Potsdam, wiederabgedr. in: Gossweiler und Schlicht (Hrsg.): Junker und NSDAP 1931 - 32, a.a.O., S. 659 - 660.

<sup>34</sup> Zit. in Kurt Schützle: Reichswehr wider die Nation: Zur Rolle der Reichswehr bei der Vorbereitung und Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland 1929 - 1933. Berlin 1963. S. 136 - 137.

<sup>35</sup> Ulrich Thürauf (Hrsg.): Schulthess' Europäischer Geschichtskalender (1932). 73. Jg. München 1933. S. 53.

<sup>36</sup> Vortrag Adolf Hitlers vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrie-Klub zu Düsseldorf. München 1932. Wiederabgedr. in Adolf Hitler: Reden und Proklamationen, 1932 - 1945. Hrsg. von Max Domarus. Bd. I. München 1965. S. 68 - 90, passim.

dung eines Kabinetts zu diskutieren, in dem die Nazis alle wichtigen Posten besetzen sollten<sup>37</sup>.

Mit dem Beginn des neuen Jahres waren die Attacken gegen die Regierung überdies in der Hauptsache gegen den Versuch des Kanzlers gerichtet, die Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten voranzutreiben. Der Kanzler wollte einen bösartigen Wahlkampf vermeiden, der das Land in weitverbreitete Unordnung stürzen und den ziemlich prekären Gesundheitszustand des Reichspräsidenten verschlechtern könnte. Er hoffte daher, die Zustimmung der Parteien zu einer Verlängerung der gegenwärtigen Amtszeit durch eine Verfassungsergänzung sicherstellen zu können. Dieses Bemühen erforderte jedoch feine Manipulation<sup>38</sup>. Als Brüning und andere Kabinettsmitglieder an ihn herantraten, weigerte sich Hitler, seine Zustimmung zu geben. Er betonte, daß eine Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch einen parlamentarischen Akt gerade die Regierung neu stärken würde, gegen die seine Partei so lange opponiert habe<sup>39</sup>. Schnell verbündeten sich Hugenberg und die Deutschnationale Volkspartei in dieser Sache mit Hitler<sup>40</sup>. Andere Gruppen der Rechten schlossen sich bald ihrem Vorbild an. Diese Entwicklungen bekräftigten für Hindenburg die traurige Aussicht, daß er, um wiedergewählt zu werden, die Unterstützung

---

<sup>37</sup> *Thyssen*: a.a.O., S. 101. Ferner Otto *Dietrich*: Mit Hitler an die Macht: Persönliche Erlebnisse mit meinem Führer. 26. Aufl. München 1938. S. 46. — George W. F. *Hallgarten*: Adolf Hitler and German Heavy Industry, 1931 - 1933. *Journal of Ec. Hist.* Vol. XII (1952), S. 233 - 234. — Gerhard *Volkland*: Hintergründe und politische Auswirkungen der Gelsenkirchen-Affäre im Jahre 1932. *Z. f. Geschichtsw.*, 9. Jg. (1963), S. 293 - 294. — Vgl. auch Albert *Norden*: Lehren deutscher Geschichte: Zur politischen Rolle des Finanzkapitals und der Junker. Berlin 1947. S. 94. — Kai *Moltke*: Krämer des Krieges: Die 5. Kolonne der Monopole. Berlin 1953. S. 64 bis 65. — Ernst *Henri*: Hitler over Europe. New York 1934. S. 6 - 7. — Peter und Irma *Petroff*: The Secret of Hitler's Victory. London 1934. S. 59 - 92, passim. — Henry Ashby *Turner, Jr.*; Emil Kirdorf and the Nazi Party. *Central European History*, Vol. I (1968), S. 338 - 344.

<sup>38</sup> John *Wheeler-Bennet*: Wooden-Titan: Hindenburg in Twenty Years of German History, 1914 - 1934. New York 1936. S. 352 - 355. — Ferner Reginald H. *Phelps*: The Crisis of the German Republic, 1930 - 1932: Its Background and Course. (unveröffentl. Ph. D. Dissertation, Harvard University, 1947) S. 582. — Vgl. auch Karl *Kautsky*: Aufgabe 1932. Hitler darf nicht an die Macht! Die Sozialdemokratie muß siegen! Vorwärts (1. Januar 1932). — Brief vom 24. Dezember 1931 von Wilhelm Groener an Alarich von Gleich. Zit. in: *Craig*: Reichswehr and National Socialism, a.a.O., S. 217.

<sup>39</sup> Memorandum vom 15. Dezember 1932 von Eduard Dingeldey, ein Zusammentreffen mit Hitler im Januar 1932 betreffend. Nachlass Dingeldey, Mappe 53, Bundesarchiv, Koblenz. Wiederabgedr. in: *Vogelsang*: a.a.O., S. 441. — Ferner Eintrag vom 7. Januar 1932. In: Joseph *Goebbels*: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei: Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern vom 1. Januar 1932 bis zum 1. Mai 1933. Göttingen 1966. S. 309 - 310.

<sup>40</sup> Brief vom 12. Januar 1932 von Alfred Hugenberg und Adolf Hitler an Heinrich Brüning. *Andernacher Volkszeitung* (13. Jan. 1932). Wiederabgedr. in: Walter *Hubatsch*: Hindenburg und der Staat: Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934. Göttingen 1966. S. 309 - 310.

der Sozialisten benötigte, und das trotz der Tatsache, daß eine solche Hilfe den Vorwurf unterstrich, den Hugenbergs Zeitungen nunmehr gegen ihn erhoben, nämlich, daß er der Kandidat der Roten sei<sup>41</sup>. In der Tat kamen viele Freunde des Reichspräsidenten mehr und mehr zu dieser Überzeugung und begannen offen zu erklären, daß sie ein für allemal mit dem „alten Verräter“ fertig seien<sup>42</sup>. Diese Stellungnahmen kränkten Hindenburg tief. Ängstlich bemüht, sich von dem Verdacht zu reinigen, er habe seine alten Ansichten aufgegeben, schrieb er Ende Februar mehrere Briefe an seine Nachbarn in Ostelbien. Diese Briefe enthüllten, in welchem spürbarem Grade seine Sympathie für Brüning sich vermindert hatte und wie ernsthaft er die Aussicht in Betracht zog, den Wünschen der Großgrundbesitzer und Industriellen nach einer weiteren massiven Verschiebung nach rechts, durch ein neues Kabinett unter einem neuen Kanzler, nachzukommen<sup>43</sup>. An Elard von Oldenburg-Januschau schrieb er am 22. Februar, daß er die ganze Zeit über schon die Intention gehabt habe, im April eine Änderung der Regierung herbeizuführen<sup>44</sup>. Drei Tage später deutete er in seinem Brief an Friedrich von Berg-Markienen, den Präsidenten der Deutschen Adelsgesellschaft, an: „Trotz aller Nackenschläge werde ich dennoch meine Bemühungen um eine gesunde Entwicklung nach rechts nicht einstellen, in der Hoffnung, daß es möglich sein wird, nach den Preußenwahlen ... (24. April) ... , neue Verhandlungen zur Bildung einer Konzentrationsregierung aufzunehmen“<sup>45</sup>.

Der politische Sturm, der sich über der Regierung zusammenbraute, nahm Mitte April über Groeners Verbot der SA an Heftigkeit zu. Brüning und die anderen Mitglieder des Kabinetts waren sich nunmehr klar der Gefahr bewußt. In seinem Brief an Gleich vom 25. April schrieb Groener, daß der Reichspräsident eines schönen nahen Tages

<sup>41</sup> Brief vom 19. Februar 1932 von Otto Braun an Karl Kautsky. Nachlaß Kautsky, International Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam. Wiederabgedr. in: Erich Matthias: Hindenburg zwischen den Fronten: Zur Vorgeschichte der Reichspräsidentenwahl von 1932. Vierteljahresh. f. Zeitg., 8. Jg. (1960), S. 84. — Carl Severing: Mein Lebensweg. 2. Bd. Köln 1950. S. 321 - 323. — Arnold Brecht: Prelude to Silence: The End of the German Republic. New York 1944. S. 44 - 46 (dt.: Arnold Brecht: Vorspiel zum Schweigen. Wien 1948).

<sup>42</sup> Wheeler-Bennett: a.a.O., S. 368.

<sup>43</sup> Arnold Brecht: Mit der Kraft des Geistes: Lebenserinnerungen. Zweite Hälfte 1927 - 1967. Stuttgart 1967. S. 153 - 155. — Ferner Eschenburg: a.a.O., S. 18.

<sup>44</sup> Brief vom 22. Februar 1932 von Paul von Hindenburg an Elard von Oldenburg-Januschau. Büro des Reichspräsidenten, Bd. XXI, Deutsches Zentralarchiv, Potsdam. Wiederabgedr. in: Hubatsch: a.a.O., S. 311 - 312.

<sup>45</sup> Brief vom 25. Februar 1932 von Paul von Hindenburg an Friedrich von Berg-Markienen. Nachlaß von Berg, Bd. II, Bundesarchiv, Koblenz. Wiederabgedr. in: Matthias: Hindenburg zwischen den Fronten, a.a.O., S. 78 - 80. — Vgl. auch Brief vom 2. März 1932 von Dietloff von Arnim-Boitzenburg an Paul von Hindenburg. Gutsarchiv von Arnim-Boitzenburg, Politisches Allgemein, I/V 1928 - 1933, Nr. 2188, Staatsarchiv Potsdam. Wiederabgedr. in: Gossweiler und Schlicht (Hrsg.): Junker und NSDAP 1931 - 32, a.a.O., S. 661 - 662.

den Kanzler und ihn selbst hinauswerfen werde, und dies sei ein Ergebnis der Pressionen des gesellschaftlichen Boykotts und anderer Mittel der Überredung, welche die Mitglieder seiner Kaste auf ihn ausüben würden<sup>46</sup>. Ende April brach der Sturm los. Eine Flut von Briefen von Industriellen und Grundbesitzern ergoß sich in das Reichspräsidentenpalais, um gegen das Verbot zu protestieren<sup>47</sup>. In der Berliner Börsenzeitung veröffentlichten über zweihundert prominente Persönlichkeiten der Rechten — darunter Heinrich Class, Hjalmar Schacht, Rüdiger von der Goltz, Joachim von Stülpnagel und Alexander von Falkenhäusen — eine Proklamation, die diesen Akt der Regierung heftig kritisierte. Sie verlangte, daß Hindenburg ihr seine Unterstützung entziehen solle<sup>48</sup>.

Bald war das ganze Land von Gerüchten über einen bevorstehenden Regierungswechsel in Spannung versetzt. Am 2. Mai berichtete der Bayrische Kurier, ein Blatt mit zuverlässigen Kontakten zur Rechten, daß die Pläne für eine radikale Umbildung der Regierung im Gange seien<sup>49</sup>. Genau wie er das 1930 getan hatte, mischte sich Schleicher auch jetzt wieder in diese Entwicklung ein. Zusammen mit Oskar von Hindenburg und dem Staatssekretär des Reichspräsidenten Otto Meißner, traf er sich mit Hitler, um einen Aktionsplan zu entwerfen, nach dem das Kabinett Stück für Stück zerstört werden sollte: zuerst sollte Groener und dann Brüning gestürzt werden. Das Kabinett sollte durch eine Präsidialregierung ersetzt werden, deren Unterstützung ausschließlich von der Rechten kommen sollte. Im Austausch dafür, daß die Nazis diese Regierung tolerierten, in der sie vorläufig kein Portefeuille innehaben würden, sollte ihnen die Auflösung des Reichstags zugestanden werden, und in den kommenden Reichstagswahlen sollten sie ihren Wahlkampf in völliger Freiheit führen können. Außerdem würde die neue Regierung alle diskriminierenden Gesetze gegen sie, einschließlich der Verordnung, welche die SA verbot, außer Kraft setzen. Schließlich versprach Schleicher, sobald als möglich eine Begegnung zwischen Hitler und Hindenburg zu arrangieren, um diesen Handel zu besiegeln<sup>50</sup>. Wie es scheint, war Hitler mit den Ergebnissen dieses Zusammentreffens zufrieden. Seine Mitstreiter jedoch gerieten darüber in

<sup>46</sup> Brief vom 25. April 1932 von Wilhelm Groener an Alarich von Gleich. Zit. in: Dorothea Groener-Geyer: General Groener: Soldat und Staatsmann. Frankfurt a. M. 1955. S. 311.

<sup>47</sup> Meißner: a.a.O., S. 231.

<sup>48</sup> Berliner Börsenzeitung (30. Apr. 1932). Zit. in: Schützle: a.a.O., S. 154 - 155.

<sup>49</sup> Bayrischer Kurier (2. Mai 1932). Zit. in: Caro und Oehme: a.a.O., S. 232.

<sup>50</sup> Einträge vom 8. und 9. Mai 1932. In: Goebbels: a.a.O., S. 93, 94. — Ferner Wheeler-Bennett: a.a.O., S. 380 - 381. — Edgar von Schmidt-Pauli: Hitlers Kampf um die Macht: Der Nationalsozialismus und die Ereignisse des Jahres 1932. Berlin 1933. S. 37. — Vgl. auch das Interview vom 7. Februar 1949 mit Dr. Adolf von Carlowitz von Dr. von zur Muhlen. Auszugsweise wiederabgedr. in: Werner Conze: Zum Sturz Brünnings. Vierteljahresh. f. Zeitg., 1. Jg. (1953), S. 272.

Ekstase. Seinem Tagebuch vertraute Joseph Goebbels am 8. Mai an: „Beglückend das Gefühl, daß noch kein Mensch etwas ahnt, am wenigsten Brüning selbst . . .“<sup>51</sup>. Wen Schleicher sich als Kanzler dieses neuen Kabinetts vorstellte, war in diesem Augenblick noch unklar.

Als der Reichstag am 10. Mai zu einer Sitzung zusammentrat, die schließlich vier Tage dauern sollte, wurde Groener zum Gegenstand einer üblen Attacke von Seiten der Rechtsparteien. Die Nazis brandmarkten insbesondere das Verbot der SA als Beispiel einer „moralischen Abrüstung“ einer Regierung, deren Wille zur Freiheit kraftlos geworden sei. Groeners Verteidigung der Regierungspolitik veranlaßte sie zu Hohn- und Schmährufen<sup>52</sup>. Es war eine Katastrophe. Daraufhin teilten politische Führer der Rechten, wie Kuno von Westarp und Hans von Lindeiner-Wildau von der Volkskonservativen Partei, Brüning frei heraus mit, daß Groener sowohl aus politischen als auch aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in der Lage zu sein scheine, die Pflichten seines Amtes noch länger zu meistern. Da dieser Mann offensichtlich physisch verausgabt war, bestanden sie auf seinem sofortigen Rücktritt<sup>53</sup>. Wenig später traf Schleicher mit Groener zusammen, um ihm zu sagen, daß die Generäle der Reichswehr mit dem Rücktritt drohten, falls er nicht zumindest seinen Posten als Verteidigungsminister räume<sup>54</sup>. Die Tatsache, daß er das Vertrauen der Heeresleitung verloren hatte, verletzte Groener. Am 12. Mai bot er dem Kanzler seinen Rücktritt an. Schleichers Strategie, wie er sie in seiner Konferenz mit Hitler fünf Tage früher skizziert hatte, begann sich auszuzahlen. In der Tat bot die Provokation Groeners vor dem Reichstag durch die Nazis den Generalen eine passende Begründung, um auf seinen Rücktritt zu dringen. Goebbels notierte am 13. Mai in sein Tagebuch: „Wir bekommen Nachricht von General Schleicher: Die Krise geht programmgemäß weiter . . .“<sup>55</sup>. Nun war der nächste Schritt die Einkreisung von Brüning.

<sup>51</sup> Eintrag vom 8. Mai 1932. In: *Goebbels: a.a.O.*, S. 93.

<sup>52</sup> Verhandlungen des Reichstages, V. Wahlperiode 1930. Stenographische Berichte, 62. Sitzung, vom 10. Mai, 1932, Bd. 444. Berlin 1932. S. 2538 - 2539, 2546 bis 2550. — Vgl. auch Wilhelm *Hoegner*: Die verratene Republik: Geschichte der deutschen Gegenrevolution. München 1958. S. 253. — Eintrag vom Dienstag, dem 10. Mai 1932. In: *Pünder: a.a.O.*, S. 120. — *Groener-Geyer: a.a.O.*, S. 314.

<sup>53</sup> Memorandum vom 1. Juni 1932 von Kuno von Westarp betreffend den Rücktritt Brünings. Wiederabgedr. in *Conze*: Zum Sturz Brünings, a.a.O., S. 282. — Vgl. auch Gottfried R. *Treviranus*: Brüning geht. Deutsche Rundschau, 88. Jg. (1962), S. 805. — Vgl. ferner die schriftliche Zeugenaussage des Generalmajors Ott, Sammlung Zeugenschrifttum, Nr. 279, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München. Zit. in: *Vogelsang: a.a.O.*, S. 190.

<sup>54</sup> Eintrag vom Mittwoch, dem 11. Mai 1932. In: *Pünder: a.a.O.*, S. 121 - 122.

<sup>55</sup> Eintrag vom 13. Mai 1932. In: *Goebbels: a.a.O.*, S. 97.

## III.

Unter den Nachwirkungen des Rücktritts Groeners nutzte der Reichspräsident die Pfingstferien, um sich auf sein Gut Neudeck in Ostpreußen zurückzuziehen und sich von der seelischen Spannung der vergangenen Wochen zu erholen. Für die Gegner der Regierung bot dieser Aufenthalt in Ostelbien unter seinen Standesgenossen eine ideale Gelegenheit, ihn dazu zu überreden, Brüning zu entlassen<sup>56</sup>. Kurz nach Hindenburgs Ankunft in Neudeck fanden sich daher Großgrundbesitzer wie Hansjoachim von Rohr-Demmin, Adolf von Batocki-Bledau und Elard von Oldenburg-Januschau bei ihm ein, um ihm ihre Aufwartung zu machen. Sie äußerten auch ihre Bestürzung über das SA-Verbot und ihre tiefe Besorgnis über die Pläne des Kabinetts, jene großen Güter, die sich in einer angespannten finanziellen Lage befanden, von der Regierung enteignen zu lassen, um dort einige von den Arbeitslosen der großen Industriestädte anzusiedeln. Sie machten dem Reichspräsidenten klar, daß diese Pläne nicht nur die materiellen Interessen der Junker, sondern auch ihre traditionelle Stellung und ihre politischen Aussichten für die Zukunft schwer verletzen würden<sup>57</sup>.

Tatsächlich hatte sich die wirtschaftliche Lage der ostelbischen Großgrundbesitzer bis zum Frühjahr 1932 sehr verschlechtert, und das trotz einer jahrelangen protektionistischen Politik, die sie begünstigte, und trotz der Tatsache, daß von 1926 bis 1930 über eine Milliarde RM an Zolleinnahmen in den bodenlosen Brunnen der großen Güter geschüttet worden waren<sup>58</sup>. Zusätzlich hatte es die Regierung unternommen, die Wirtschaft Ostelbiens durch eine Vielzahl anderer Subventionen

---

<sup>56</sup> Hermann Pünder: Zusammenarbeit mit Heinrich Brüning in der Reichskanzlei 1930 - 32. In: *Hermens und Schieder* (Hrsg.): a.a.O., S. 316. — Vgl. ferner den Eintrag vom 12. Mai 1932. In: Bella Fromm: *Blood and Banquets: A Berlin Social Diary*. London 1943. S. 50.

<sup>57</sup> Interview vom 12. Mai 1965 mit Gottfried Treviranus. Zit. in: *Kaltesleier*: a.a.O., S. 88. — Ferner Memorandum vom 7. Sept. 1936 von Wilhelm Gayl, betreffend den Rücktritt des Kabinetts Brüning. Wiederabgedr. in: *Conze*: Zum Sturz Brünings, a.a.O., S. 278 - 279. — Eugen Mayer: *Skizzen aus dem Leben der Weimarer Republik: Berliner Erinnerungen*. Berlin 1962. S. 142 - 143. — Vgl. auch Wolfgang Wessling: *Die staatlichen Maßnahmen zur Behebung der wirtschaftlichen Notlage Ostpreußens in den Jahren 1920 - 1930*. Jahrb. f. d. Gesch. Mittel- und Ostd., 6. Jg. (1957), S. 262 - 263. — Karl Anton Prinz Rohan: *Ostdeutsche Reiseeindrücke*. Europäische Revue, 8. Jg. (1932), S. 81 - 84.

<sup>58</sup> Gerhard Schulz: *Staatliche Stützungsmaßnahmen in den deutschen Ostgebieten: Zur Vorgeschichte der „Osthilfe“ der Regierung Brüning*. In: *Hermens und Schieder* (Hrsg.): a.a.O., S. 146 - 147. — Vgl. ferner Alexander Gerschenkron: *Bread and Democracy in Germany*. Neue Ausg. New York 1966. S. 149 - 154. — Vgl. auch den Brief vom 13. März 1930 von Albrecht von Thaer an Kurt von Schleicher. Nachlaß Schleicher, H 08 - 44/1, Bundesarchiv, Koblenz. Wiederabgedr. in: Heinrich Muth: *Quellen zu Brüning*. *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 14. Jg. (1963), S. 224 - 226.



zu stützen, die sich ebenfalls auf eine zehnstellige Zahl beliefen<sup>59</sup>. Aber durch diese Erleichterung wurden die ungünstigen natürlichen und wirtschaftlichen Produktionsbedingungen in diesen Gebieten nicht verändert. Zu Beginn des Jahres 1930 überstieg die Verschuldung der Güter über 100 Hektar in Ostpreußen, Pommern und Posen 50 % des Gesamtwertes der Besitzungen. Gleichzeitig waren die Zinssätze in jenen Provinzen außerordentlich hoch; zugleich war das Risiko groß für jene, die Grundbesitzern mit riesiger kurzfristiger Verschuldung Geld liehen. Mit dem Einsetzen der Depression kam es daher zu immer mehr Zwangsversteigerungen. Um dem völligen wirtschaftlichen Chaos vorzubeugen, beschloß der Reichstag eine Reihe von Notmaßnahmen, die sehr hohe Schulden in langfristige Obligationen verwandelten und die Zinssätze senkten<sup>60</sup>. Im Sommer 1930 unterzeichnete Hindenburg eine Notverordnung, die weitere 100 Millionen RM zur Verfügung stellte, und ordnete außerdem ein kurzfristiges Moratorium für Zwangsversteigerungen an<sup>61</sup>. Im Frühjahr 1931 trat überdies die Gesetzgebung des Kabinetts Brüning in Kraft: das Osthilfegesetz. Seinen Bestimmungen gemäß sollten diesem Gebiet zwischen 1931 und 1936 500 Mill. RM zum Zwecke der Schuldumwandlung zur Verfügung gestellt werden. Zusätzlich sollten die Reichsregierung und die jeweiligen Staatsregierungen bis zu 1,1 Mrd. RM als Darlehen gewähren. Außerdem sollten die Kommunalsteuern in Ostelbien gesenkt sowie die Frachtraten reduziert werden; in beiden Fällen unternahm es die Reichsregierung, diese Reduktionen aus Mitteln zu bestreiten, die in ihrem Budget für diesen Zweck beiseitegelegt worden waren<sup>62</sup>. Auf diese Weise wurde, bei enormen Kosten für das ganze Land, eine ungeheure Sanierungsmaschinerie aufgebaut, um Ostelbien zu retten<sup>63</sup>.

Gemessen an der wirtschaftlichen Ungeheuerlichkeit dieser Politik, schien es von geringer Bedeutung zu sein, daß bei der Verwaltung und

<sup>59</sup> Ebenda, S. 188 - 194. — Vgl. ferner *Wessling*: Die staatlichen Maßnahmen zur Behebung der wirtschaftlichen Notlage Ostpreußens in den Jahren 1920 bis 1930, a.a.O., S. 215 - 217.

<sup>60</sup> *Meißner*: a.a.O., S. 223. — Ferner John Bradshaw *Holt*: German Agricultural Policy, 1918 - 1934: The Development of a Natural Philosophy toward Agriculture in Postwar Germany. Chapel Hill 1936. S. 138 - 141.

<sup>61</sup> Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930. In: Hans *Heinrich* und Werner *Otto*: Die gesamte Osthilfegesetzgebung. Berlin 1933. S. 73 - 77.

<sup>62</sup> Gesetz über Hilfsmaßnahmen für die notleidenden Gebiete des Ostens (Osthilfegesetz) vom 31. März 1931. In: *Heinrich* und *Otto*: Osthilfegesetzgebung, a.a.O., S. 84 - 93. — Vgl. ferner Erwin *Topf*: Die grüne Front: Der Kampf um den deutschen Acker. Berlin 1933. S. 260 - 262. — *Kaltesleiter*: a.a.O., S. 86 - 87. — Vgl. auch den Brief vom 4. Juli 1931 von Adolf von Batocki-Bledau an Adam Stegerwald. Alte Reichskanzlei: Akten betreffend Reichsarbeitsministerium, R. 43 I/1810, Bundesarchiv, Koblenz. Wiederabgedr. in: *Muth*: Quellen zu Brüning, a.a.O., S. 233 - 234.

<sup>63</sup> Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung vom 31. März 1931 (*Heinrich* und *Otto*: Osthilfegesetzgebung, a.a.O., S. 93 - 94).

Verteilung dieser Summen die Grundsätze der Korrektheit nicht allzu streng beachtet wurden. Die Eigentümer der größten Güter wurden bei der Verteilung dieser Mittel bevorzugt. In der Tat ließen die Zahlen am Ende des ersten Jahres der Durchführung des Programms erkennen, daß 722 von 12 740 Empfängern von Mitteln 46,4 % der gewährten Kredite erhalten hatten<sup>64</sup>. Es schien auch, daß ein großer Teil dieser Gelder von den Schuldnern auf Luxusreisen an die Côte d'Azur und für den Ankauf von arabischen Renn- und Zuchthengsten verschwendet wurde<sup>65</sup>. Aber das Kabinett schien entschlossen, weiter gutes Geld in unsinniger Weise auszugeben. Am 6. Februar 1932 setzte es eine Verordnung in Kraft — die Entschuldungsverordnung — die Barabfindungen an Gläubiger von verschuldeten Landwirten vorsah, damit deren Güter nicht zur Zwangsversteigerung kämen und von der Regierung konfiskiert würden. 100 Mill. RM wurden für diesen Zweck bereitgestellt<sup>66</sup>. Trotzdem war eine große Anzahl von Gütern trotz aller Regierungshilfe nicht zu retten; sie waren hoffnungslos überschuldet. Nachdem er schließlich die unbeschreibliche Torheit des Versuchs, diese bankrotten Güter zu sanieren, eingesehen hatte, zeigte Brüning Interesse an den Plänen Adam Stegerwalds, des Arbeitsministers, ein großangelegtes Siedlungsgesetz zu entwerfen, das Ostelbien die Möglichkeit geben würde, wirtschaftlich produktiv zu werden<sup>67</sup>. Der hervorstechendste Punkt dieses Gesetzes war derjenige, von dem Hindenburgs Nachbarn gerüchteweise gehört hatten, nämlich die eventuelle Kolonisation von annähernd 600 000 Arbeitern in den östlichen Provinzen.

Mitte Mai war das Kabinett bereit, den endgültigen Entwurf der Notverordnung abzufassen, um diese Siedlungspläne in Kraft zu set-

---

<sup>64</sup> *Gerschenkron*: a.a.O., S. 149 - 151. — Ferner Bruno *Buchta*: Die Junker und die Weimarer Republik: Charakter und Bedeutung der Osthilfe in den Jahren 1928 bis 1933. Berlin 1959. S. 48 - 55, 118 - 123. — Magnus *von Braun*: Weg durch vier Zeitepochen: Vom ostpreußischen Gutsleben der Väter bis zur Weltraumforschung des Sohnes. 3. Aufl. Limburg a. d. Lahn 1966. S. 209 - 222, *passim*.

<sup>65</sup> Verjeut, verhurt, versoffen! Wozu die Osthilfe-Millionen verwandt werden. Vorwärts (25. Jan. 1932).

<sup>66</sup> Verordnung des Reichspräsidenten zur beschleunigten Durchführung der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfegebiet (Entschuldungsverordnung) vom 6. Februar 1932. In: *Heinrich* und *Otto*: Osthilfegesetzgebung, a.a.O., S. 127 - 129. — Vgl. auch Hans *Schlange-Schöningen*: Osthilfe. Europäische Revue, 8. Jg. (1932), S. 75 - 77.

<sup>67</sup> *Henning Köhler*: Arbeitsbeschaffung, Siedlung und Reparationen in der Schlußphase der Regierung Brüning. Vierteljahresh. f. Zeitg., 17. Jg. (1969), S. 279. — Ferner *Heinrich Muth*: Agrarpolitik und Parteipolitik in der Weimarer Republik im Frühjahr 1932. In: *Hermens* und *Schieder* (Hrsg.): a.a.O., S. 325. — *Helmut J. Schorr*: Adam Stegerwald, Gewerkschaftler und Politiker der ersten deutschen Republik: Ein Beitrag zur Geschichte der christlich-sozialen Bewegung in Deutschland. Recklinghausen 1966. S. 229 - 234.

zen<sup>68</sup>. Der Reichslandbund war es, der ziemlich umfangreiches Tatsachenmaterial über das neue Programm in die Hände bekam. Daraufhin wurde dieses von führenden Mitgliedern der grundbesitzenden Familien in Briefen verurteilt, die sie nach Neudeck sandten. In einem Schreiben an Meißner vom 16. Mai attackierte von Flemming-Paatzig, der Präsident der Pommerschen Landgesellschaft, den Plan heftig und forderte, daß der Reichspräsident ihn rundweg ablehnen sollte<sup>69</sup>. Einige Tage später schrieb Otto von Weiss-Gross Plauen direkt an Hindenburg, um sich über die Absichten der Regierung zu beklagen und ihn vor den „außerordentlichen Gefahren“ zu warnen, die die Durchführung dieser Absichten nach sich ziehen könnte; überdies wies er eindringlich darauf hin, daß derartige Maßnahmen nur dazu dienen könnten, die Aufrechterhaltung einer Produktionskapazität zu gefährden, die gerade hinreichte, um das Volk zu ernähren und die Fortsetzung des deutschen Einflusses im Osten zu beeinträchtigen<sup>70</sup>.

Mittlerweile machte die Vorbereitungsarbeit für den Gesetzentwurf Fortschritte; dies war das Ergebnis einer engen Zusammenarbeit zwischen den Beamten der Ministerien für Arbeit, Finanzen, Ernährung, Justiz und Osthilfe und den führenden Vertretern der Gesellschaft für Innere Kolonisation. Innerhalb einer relativ kurzen Zeitspanne wurden nacheinander drei vorläufige Entwürfe abgefaßt, um die unterschiedlichen Standpunkte einander anzugleichen. Es war der dritte dieser vorläufigen Entwürfe, den der geschäftsführende Vorsitzende der Gesellschaft für Innere Kolonisation, Dr. Johannes Schauff, an Wilhelm von Gayl, den ehemaligen Präsidenten der Gesellschaft für Innere Kolonisation, der zu dieser Zeit Direktor der Ostpreußischen Landgesellschaft war, in der festen Hoffnung weitergab, dessen Unterstützung für das neue Programm zu gewinnen<sup>71</sup>. Offensichtlich wußte Schauff nicht, daß der dritte vorläufige Entwurf anschließend durch einen sehr viel ausgewogeneren Entwurf ersetzt worden und daß die-

<sup>68</sup> Schorr: Adam Stegerwald, a.a.O., S. 287. — Vgl. auch den Eintrag vom Sonntag, dem 16. Mai 1932. In: Pünder: a.a.O., S. 123 - 124. — Entwurf einer Verordnung vom Mai 1932 bezüglich der Disposition über bankrotte Güter und die Errichtung landwirtschaftlicher Siedlungen im Osten, Akten des Reichswirtschaftsministeriums: Sicherungs- und Osthilfeverordnung, Bd. III, Nr. 14 060, Deutsches Zentralarchiv, Potsdam. Zit. in: Buchta: a.a.O., S. 133 - 134.

<sup>69</sup> Brief vom 16. Mai 1932 von von Flemming-Paatzig an Otto Meißner, Büro des Reichspräsidenten: Akten betreffend Ostprogramme und Agrarmaßnahmen, Bd. VI, Nr. 214, Deutsches Zentralarchiv, Potsdam. Zit. in: Buchta: a.a.O., S. 136. — Vgl. auch Treviranus: Brüning geht, a.a.O., S. 810.

<sup>70</sup> Brief vom 23. Mai 1932 von Otto von Weiss-Groß Plauen an Paul von Hindenburg, Büro des Reichspräsidenten, Akten betreffend Ostprogramme und Agrarmaßnahmen, Bd. VI, Nr. 214, Deutsches Zentralarchiv, Potsdam. Zit. in: Treviranus: Brüning geht, a.a.O., S. 810.

<sup>71</sup> Erwin Topf: Wer stürzte Brüning? Hintergründe einer Intervention. Der Monat, 13. Jg. (1960), S. 44 - 45.

ser es war, der die Grundlage für die Diskussion der Regierung über ihre Pläne in Ostelbien bildete<sup>72</sup>. Entsetzt über den Inhalt dieses vorläufigen Entwurfs, den er als unvernünftig radikal betrachtete, schrieb Gayl am 24. Mai an den Präsidenten wie folgt:

„Hochzuverehrender, hochgebietender Herr Generalfeldmarschall!

Herrn Generalfeldmarschall bitte ich gehorsamst eine schwere Sorge vortragen zu dürfen, die heute weite Kreise des Ostens und der deutschen Wirtschaft bewegt. Das Reichskabinett berät zur Zeit den Entwurf einer Verordnung des Reichspräsidenten über die Förderung der landwirtschaftlichen Siedlungen auf Grund des Art. 48, Abs. 2, deren § 2 eine Bestimmung enthält, welche der Oststelle das Recht gibt, in die nicht mehr umschuldungsfähigen Grundstücke, ohne Antrag der Gläubiger, von sich aus die Zwangsversteigerung zu betreiben ... Nach vielen, schweren Eingriffen der früheren Notverordnungen in das Privateigentum bedeutet das neue Zwangsversteigerungsrecht der Behörde einen weiteren Eingriff und neues Abgleiten in den Staatssozialismus.“

Außerdem hätten Gerüchte und die Verbreitung einiger wesentlicher Informationen, die über den Entwurf durchgesickert seien, behauptete Gayl, unter den Grundbesitzern und dem städtischen Mittelstand Ostelbiens große Unruhe hervorgerufen:

„Die Zermürbung der Seelen macht im Osten furchtbare Fortschritte. Sie wirkt allmählich auf die Widerstandskraft der Kreise, welche bisher Träger des nationalen Wehrwillens gegenüber Polen sind. Diese Beobachtung ist auch den militärischen Stellen nicht entgangen. In dieser kritischen Zeit müßte alles vermieden werden, was irgendwie den Widerstandswillen schwächt. Bei dieser Sachlage wage ich den Herrn Generalfeldmarschall gehorsamst und dringend zu bitten, die Verordnung einer besonderen Prüfung zu unterziehen<sup>73</sup>.“

Am gleichen Tage schrieb darüber hinaus Eberhard von Kalkreuth-Niedersiegersdorf, der Vorsitzende des Reichslandbundes, an Hindenburg, um gegen die Pläne der Regierung, die den Grundbesitzern den „Agrar bolschewismus“ aufhalsen würden, zu protestieren. Außerdem, klagte er, sei die Art und Weise, wie die Regierung ihre Pläne auszuführen gedenke, viel schlimmer als irgend etwas, was die provisorische Regierung der Sozialisten im Winter 1918 - 1919 unternommen habe<sup>74</sup>.

<sup>72</sup> Kabinettsitzung vom 20. Mai 1932, Alte Reichskanzlei: Akten betreffend Kabinettsprotokolle, R. 43 I/1465, Bundesarchiv, Koblenz. — Vgl. auch *Treviranus*: Brüning geht, a.a.O., S. 810 - 811. — Brief vom 17. Oktober 1952 von Ernst Reichard an Henning von Borcke-Stargardt. Wiederabgedr. in: Henning von Borcke-Stargardt: Der Ostdeutsche Landbau zwischen Fortschritt, Krise und Politik: Ein Beitrag zur Agrar- und Zeitgeschichte. Würzburg 1957. S. 170. — *Muth*: Agrarpolitik und Parteipolitik im Frühjahr 1932, a.a.O., S. 334. — Tsutomu Kitani: Brünings Siedlungspolitik und sein Sturz. Z. f. Agrargesch. u. Agrarsoz., 14. Jg. (1966), S. 60, 69, 79. — *Braun*: a.a.O., S. 217.

<sup>73</sup> Brief vom 24. Mai 1932 von Wilhelm von Gayl an Paul von Hindenburg, Büro des Reichspräsidenten: Akten betreffend Ostprogramme und Agrarmaßnahmen, Bd. VI, Nr. 214, Deutsches Zentralarchiv, Potsdam. Zit. Ebenda, S. 137 - 138. — Vgl. auch *Topf*: Die Grüne Front, a.a.O., S. 267 - 272.

<sup>74</sup> Brief vom 24. Mai 1932 von Eberhard von Kalkreuth-Niedersiegersdorf an Paul von Hindenburg. Büro des Reichspräsidenten: Akten betreffend Ostprogramme

Die Agrarier verfehlten keineswegs, Hindenburg zu beeindrucken: Er war sehr beunruhigt über ihre „Unzufriedenheit“ und ihr Mißtrauen gegenüber dem neuen Programm der Regierung<sup>75</sup>. In einem Schreiben, mit dem Meißner im Auftrag Hindenburgs den Brief Gayls beantwortete, betonte er, der Präsident habe Gayls Vorbehalte „zur Kenntnis genommen“ und werde sie zur Grundlage einer Besprechung mit dem Kanzler machen<sup>76</sup>. Inzwischen war die endgültige Version des Programms der Regierung fertiggestellt und sollte Hindenburg unterbreitet werden; Brüning entschloß sich, sie dem Präsidenten am 24. Mai persönlich vorzulegen. Aber Meißner bat ihn, seinen Bericht bis zur Rückkehr des Präsidenten nach Berlin am Wochenende zu verschieben. Der Kanzler stimmte nicht nur dieser Verzögerung zu, sondern übergab Meißner auch eine Abschrift der endgültigen Version des Gesetzentwurfs, damit dieser sie nach Neudeck mitnehmen und mit Hindenburg diskutieren könne<sup>77</sup>.

Am 25. Mai konferierte Meißner mit dem Reichspräsidenten über den Gesetzentwurf. Der alte Herr handelte schnell. Er forderte eine Reihe kleinerer Veränderungen in der Formulierung des Dokuments, nicht viel mehr. Am Ende der Sitzung gab er seiner Hochachtung für Brüning Ausdruck; er erklärte sogar, daß er ihn, wenn irgend möglich, beibehalten wolle. Der Reichspräsident wünschte dringend eine Neuorientierung der Regierung nach rechts, betonte aber, er wolle nicht, daß sie von Nationalsozialisten geführt werde. Am folgenden Tage, nach seiner Rückkehr in die Hauptstadt, informierte Meißner den Kanzler über die Haltung Hindenburgs. Brüning war merklich entmutigt angesichts des deutlichen Interesses, das der Reichspräsident an einer sofortigen Umbildung der Regierung zeigte; er war sich im Unklaren darüber, wie er sich in Zukunft verhalten solle: Seinem Staatssekretär, Hermann Pünder, gegenüber, sagte er, daß er ernsthaft seinen Rücktritt in Erwägung ziehe<sup>78</sup>.

Brünings Pessimismus im Hinblick auf seine politische Zukunft war mehr als gerechtfertigt, denn am selben Tage schrieb Meißner an Hans von Schlange-Schöningen, den Direktor des Osthilfe-Kommissariats,

---

und Agrarmaßnahmen, Bd. VI, Nr. 214, Deutsches Zentralarchiv, Potsdam. Zit. Ebenda, S. 137 - 138.

<sup>75</sup> Meißner: a.a.O., S. 223. — Vgl. auch die Rede Adam Stegerwalds in Würzburg vom 21. August 1945. Auszugsweise wiederabgedr. in: *Borcke-Stargardt*: a.a.O., S. 162. — *Papen*: a.a.O., S. 163 - 164. — *Walter Görlitz*: Die Junker: Adel und Bauer im deutschen Osten. Glücksburg/Ostsee 1956. S. 380.

<sup>76</sup> Brief vom 26. Mai 1932 von Otto Meißner an Wilhelm von Gayl. Nachlaß Gayl. Wiederabgedr. in: *Conze*: Zum Sturz Brünings, a.a.O., S. 277.

<sup>77</sup> Eintrag vom Dienstag, dem 24. Mai 1932. In: *Pünder*: a.a.O., S. 125. — Ferner *Eschenburg*: a.a.O., S. 24.

<sup>78</sup> Eintrag vom Donnerstag, dem 26. Mai 1932. In: *Pünder*: a.a.O., S. 126. — Vgl. auch Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, a.a.O., S. 90 - 91.

und informierte ihn über die Entscheidung Hindenburgs, seine Zustimmung zum Wortlaut der Formulierung des Gesamtentwurfes nicht zu geben. Die Haltung des Reichspräsidenten, stellte er fest, sei auf eine Reihe von Protesten zurückzuführen, die bezüglich des Siedlungsprogramms der Regierung bei ihm erhoben worden seien:

„In Ostpreußen sei über diese Absichten, die eine Enteignung ohne jede Rechtsgarantie bedeuten, bereits eine starke Beunruhigung entstanden. Der Herr Reichspräsident hält hier eine andere Regelung für notwendig, die diesen Bedenken Rechnung trägt und die auch eine Mitwirkung der berufsständischen Organe der Landwirtschaft vorsieht. Ferner hält es der Herr Reichspräsident für unumgänglich notwendig, daß die landwirtschaftliche Siedlung, die bisher bei vielen Behörden zersplittert ist, möglichst in einer Hand zusammengefaßt wird und daß die Entscheidung über den Erwerb der Güter und ihre Zuführung zur Siedlung entweder beim Ostkommissar oder beim Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft liegt<sup>79</sup>.“

Ungehalten antwortete Schlange-Schöningen in einem direkt an Hindenburg gerichteten Schreiben:

„Was landwirtschaftliche Siedlungen anbetrifft, so kann hierbei kaum die Rede davon sein, daß in großem Ausmaß Grundbesitz enteignet werden soll. Niemand soll enteignet werden. Der Paragraph Eins des endgültigen Entwurfs bestimmt eindeutig, daß nur solche Unternehmen in Frage kommen, die in keinem Falle und nicht beim allerbesten Willen, in den Händen ihrer bisherigen Besitzer verbleiben können, aufgrund der niederschmetternden Bürde ihrer Verschuldung. Ferner ist es seit langem üblich, daß vor einer endgültigen Entscheidung, irgendeinem solchen Unternehmen den Schutz zu entziehen, die geeignete landwirtschaftliche Organisation gehört wird. ... Der einzig neue Zug ... insoweit sie das Grundeigentum berührt — ist die Beschleunigung der Siedlung durch Versteigerungen. Wenn wir dies aber nicht tun, werden wir nicht in der Lage sein, unsere Arbeit in dem Tempo zu Ende zu führen, das die wirtschaftlichen Interessen des Landes sehr dringlich erfordern ... Wenn es immer noch in großem Maße Interessen des Grundbesitzes gibt — für die im übrigen bis an die Grenzen des Erlaubten alles in meinem Ressort getan worden ist — die wiederum die Zeichen der Zeit nicht verstehen, dann fürchte ich, daß sie sich ihr eigenes Grab schaufeln und sie eines Tages von einem Sturm hineingefegt werden<sup>80</sup>.“

In diesem Stadium der Katastrophe konferierte Brüning am 28. Mai nochmals mit Meißner, um aus ihm einen „wahrheitsgemäßen Bericht“ über die Entwicklungen in Neudeck herauszubekommen. Streng vertraulich teilte der Staatssekretär ihm mit, daß der Reichspräsident nicht nur eine neue, ausschließlich nach rechts orientierte Regierung wolle, die von Hitler und Hugenberg toleriert würde, sondern daß er sich

<sup>79</sup> Brief vom 26. Mai 1932 von Otto Meißner an Hans von Schlange-Schöningen, Büro des Reichspräsidenten: Akten betreffend Ostprogramme und Agrarmaßnahmen, Bd. VI, Nr. 214, Deutsches Zentralarchiv, Potsdam. Zit. in: *Buchta*: a.a.O., S. 319.

<sup>80</sup> Brief vom 27. Mai 1932 von Hans von Schlange-Schöningen an Paul von Hindenburg. Wiederabgedr. in: *Schlange-Schöningen*: a.a.O., S. 85-87. — Vgl. auch Georg Schrieber: Brüning, Hitler, Schleicher: Das Zentrum in der Opposition. 10. Aufl. Köln 1932. S. 41. — *Kitani*: Brünings Siedlungspolitik und sein Sturz, a.a.O., S. 70.

auch weigern würde, irgendeine weitere Notverordnung zu unterzeichnen, die von der gegenwärtigen Regierung vorgeschlagen werden sollte. Ferner enthüllte er ihm, daß es Schleicher gewesen sei, der Hindenburg dahin beeinflußt habe, diesen harten Kurs einzuschlagen. Brüning erklärte Meißner daraufhin, daß er genug habe und aufgeben wolle: Er war bereit, dem Reichspräsidenten bei dem Zusammentreffen am folgenden Tage seinen Rücktritt anzubieten<sup>81</sup>.

Unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Berlin am Sonntagmorgen, empfing der Reichspräsident Brüning. Auf Hindenburgs Wunsch gab der Kanzler einen Überblick über die jüngsten politischen Ereignisse im In- und Ausland. Als er mit seiner Darstellung zu Ende war, zog Hindenburg ein Blatt Papier aus der Tasche, auf das er in Großbuchstaben ein paar Notizen gemacht hatte. Diese als Leitfaden benutzend, erklärte er, er werde keine weitere Notverordnung unterschreiben, die von der gegenwärtigen Regierung initiiert werde. Brüning entgegnete, seine Haltung laufe auf eine Weigerung hinaus, diejenigen „Garantien“ zu gewähren, die für die ungehinderte Fortführung der Amtsgeschäfte durch seine Regierung von grundsätzlicher Bedeutung seien. Daraufhin bemerkte der Reichspräsident, daß die Regierung seiner Meinung nach in schnellem Abbröckeln begriffen sei; innerhalb der vergangenen Wochen habe sie im Reichstag einen großen Vertrauensverlust erlitten, und es sei zu befürchten, daß die Regierung ein Mißtrauensvotum erhalten würde, wenn diese Körperschaft wieder zusammentrete. Trotz seiner persönlichen Sympathie für ihn, so fuhr Hindenburg fort, sei er der Überzeugung, daß das Land mit dem gegenwärtigen Kurs nicht mehr weitermachen könne und daß bald eine neue Regierung gebildet werden müsse. Plötzlich jedoch wurde der alte Herr unsicher, legte seinen Kopf in die Hände und sagte mit Tränen in den Augen: „Nun muß ich endgültig nach rechts gehen. Die Presse und die ganze Nation verlangt es. Sie haben sich immer geweigert, es zu tun.“ Der Kanzler wies diese Anschuldigung heftig zurück und erinnerte daran, daß er erst kürzlich mit dem Reichspräsidenten gesprochen habe, Karl Goerdeler, den Oberbürgermeister von Leipzig, einen Mann, der mit den Rechtskreisen wohl vertraut sei, zum Ministerpräsidenten einer preußischen Regierung zu ernennen, die sich auf eine Rechtskoalition stützen solle. Außerdem wies er darauf hin, daß er während der vergangenen zwei Jahre wiederholt Verhandlungen mit Hitler und anderen Führern der

<sup>81</sup> *Treviranus*: Brüning geht, a.a.O., S. 813. — Vgl. den Eintrag vom Sonntag, dem 29. Mai 1932. In: *Pünder*: a.a.O., S. 127. — Memorandum vom 10. Juni 1932 von Otto Meißner, die Entwicklung der Krise und den Rücktritt des Kabinetts Brüning betreffend. Nachlaß Hindenburg, Bd. X, Nr. 12, Familienarchive der Hindenburgs. Wiederabgedr. in: *Hubatsch*: a.a.O., S. 328. — Memorandum vom 1. Juni 1932 von Kuno von Westarp, Brünings Rücktritt betreffend. Wiederabgedr. in: *Conze*: Zum Sturz Brünings, a.a.O., S. 284. — *Meißner*: a.a.O., S. 224.

rechten Opposition vorgenommen habe, „aber ohne Erfolg“. Barsch erwiderte der Reichspräsident: „Die anderen haben dies in einem anderen Lichte gemalt.“ Aber dann wurde die Haltung des alten Herrn noch einmal weicher, und er bat Brüning, als Außenminister in einer neuen Regierung zu bleiben. Der Kanzler wies dieses Angebot ab und meinte, wenn er dies täte, würde er „nicht mehr über die notwendige Autorität“ verfügen, um Ergebnisse in der Außenpolitik zu erzielen. Der Reichspräsident schien diese Weigerung erwartet und sich im voraus mit ihr abgefunden zu haben, denn er drängte ihn nicht, das Angebot anzunehmen. Als die Begegnung ihrem Ende zuing, kamen die beiden Männer trotz allem überein, die ganze Angelegenheit nochmals zu überdenken und am nächsten Tag wieder zusammenzutreffen. Doch als sie sich verabschiedeten, bemerkte Hindenburg: „Bei dieser Gelegenheit können Sie das Rücktrittsgesuch des Kabinetts mitbringen<sup>82</sup>.“ Auf seinem Weg aus den Amtsräumen des Reichspräsidenten hielt Brüning im Vorzimmer an, um sich mit Meißner zu besprechen. Er teilte dem Staatssekretär mit, die Unterredung mit dem Präsidenten habe ihn davon überzeugt, daß weder er noch sein Kabinett das Vertrauen Hindenburgs genieße. Unter diesen Umständen, sagte er weiter, sei es sein Entschluß, am folgenden Tag mit seinen Kollegen zu konferieren, um danach um ihre Gesamtdemission zu bitten. Eine andere Lösung sei unmöglich<sup>83</sup>.

Am Montag traf Brüning kurz vor Mittag mit dem Reichspräsidenten zusammen. Er händigte ihm das Demissionsgesuch des Kabinetts aus. Ohne sich auch nur die Mühe zu machen, es zu lesen, legte Hindenburg dieses Sendschreiben auf sein Pult: Seine Vertrauten hatten ihn bereits vor dem Eintreffen Brünings von der Entscheidung des Kabinetts informiert. Mit Nachdruck erklärte er, der Kanzler müsse das Drängen auf eine Neubildung des Kabinetts seitens der Rechten verstehen. Die Zeit der Regierung durch Notverordnungen sei vorbei. Das Volk wünsche es nicht länger. Mit dieser abrupten Bemerkung fand die Audienz ein Ende. Es war heller Mittag<sup>84</sup>.

<sup>82</sup> Eintrag vom Sonntag, dem 29. Mai 1932. In: *Pünder*: a.a.O., S. 128. — Vgl. ferner das Memorandum vom 10. Juni 1932 von Otto Meißner, Nachlaß Hindenburg, Bd. X, Nr. 12. Wiederabgedr. in: *Hubatsch*: a.a.O., S. 329. — *Brüning*: Ein Brief, a.a.O., S. 9 - 10. — *Treviranus*: a.a.O., S. 316.

<sup>83</sup> Memorandum vom 10. Juni 1932 von Otto Meißner, Nachlaß Hindenburg, Bd. X, Nr. 12. Wiederabgedr. in: *Hubatsch*: a.a.O., S. 329 - 330. — Vgl. auch *Meißner*: a.a.O., S. 227. — *Treviranus*: Brüning geht, a.a.O., S. 815. — Vgl. auch die Kabinettsitzung vom 30. Mai 1932, Alte Reichskanzlei: Akten betreffend Kabinettsprotokolle, R 43/1456, Bundesarchiv, Koblenz.

<sup>84</sup> Eintrag vom Montag, dem 30. Mai 1932. In: *Pünder*: a.a.O., S. 130. — Vgl. ferner *Brüning*: Ein Brief, a.a.O., S. 11. — Memorandum vom 10. Juni 1932 von Otto Meißner, Nachlaß Hindenburg, Bd. X, Nr. 12. Wiederabgedr. in: *Hubatsch*: a.a.O., S. 330.



## Summary

### The Agrarian-Industrial Front in the "Weimarer Republik" 1930 - 1932

In the Weimar Republic the Great Depression caused shifts in social values and political influence that provided a backdrop for institutional innovations and changes in policy by setting new limits to political objectives and tactics. In a situation of this kind unusual strains were placed upon the political order by pressure groups, especially those of the great agrarian families of East Elbia and the industrialists of the Ruhr. The result from 1930 onward was a progressive strangulation of parliamentary life which left a vacuum of power that the anti-democratic forces on the Right filled and that contributed to the destruction of the liberal roots of the republic.